

## **Antrag zum Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 22. Mai 2012**

### **Spritpreisregulierung**

Die derzeitige Preispolitik an den heimischen Zapfsäulen ist beinahe unerträglich geworden. Neben der Finanzministerin sind die Ölkonzerne die großen Profiteure der enormen Spritpreissteigerungen. Diese Milliardengewinne erfolgen auf dem Rücken der Konsumenten und der Wirtschaftstreibenden. Viele sind mangels flächendeckender und praktikabler Alternativen auf das Kraftfahrzeug angewiesen. Vor allem aber Transporteure, Handwerker, Handelsvertreter, Dienstleister und viele andere leiden massiv an den willkürlich festgelegten Treibstoffpreisen.

In dieser Situation sind die Vertreter der Wirtschaft aufgefordert dagegen etwas zu unternehmen. Denn die ungerechtfertigte Preispolitik der Ölkonzerne ist evident und die volkswirtschaftlich nachteilige Entwicklung ebenfalls. Ein Eingreifen in die Preisgestaltung würde eine unmittelbare Entschärfung der Situation herbeiführen. Die österreichische Bundesregierung hätte etwa die Möglichkeit mittels § 5a Preisgesetz eine vorübergehende Preisregulierung vorzunehmen. Neben dieser Möglichkeit bietet sich aber auch die sehr praktikable luxemburgische Preisregulierung mittels „Flexi-Klausel“ an, die in der Vergangenheit klar aufgezeigt hat, dass dies ein funktionierendes Lösungsmodell ist.

Der unterzeichnende Delegierte stellt daher folgenden

### **Antrag:**

Die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten werden aufgefordert, sich bei der österreichischen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das luxemburgische Modell zur vorübergehenden Spritpreisregulierung („Flexi-Klausel“) umgehend eingeführt wird.

WP-Delegierter  
BSO-Stv. Bgm. Matthias Krenn